

GÜTERSLOHER
VERLAGSHAUS



Gütersloher Verlagshaus. Dem Leben vertrauen

Jahrbuch Sozialer Protestantismus
Band 1

*Herausgegeben von Heinrich Bedford-Strohm,
Traugott Jähnichen, Hans-Richard Reuter,
Sigrid Reihls und Gerhard Wegner
im Auftrag der Stiftung Sozialer Protestantismus,
des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der EKD und
des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD*

Kontinuität und Umbruch im deutschen Wirtschafts- und Sozialmodell

Gütersloher Verlagshaus

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage

Copyright © 2007 by Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH, München

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Init GmbH, Bielefeld
Satz: SatzWeise, Föhren
Druck und Einband: Hubert&Co, Göttingen
Printed in Germany
ISBN 978-3-579-08050-5

www.gtvh.de

Kleine Chronologie des EKD-Arbeitsplatzsiegels ARBEIT PLUS

Ernst Rainer Meusel

Idee

Zwei Nachrichten in den Printmedien gaben den Anstoß zu einer Erklärung des Verfassers im Rahmen der Schlussansprache auf dem 27. Deutschen Evangelischen Kirchentag 1997 in Leipzig:

1. Unter der Überschrift »Belegschaft von Bürkert verzichtet für Neueinstellungen auf Geld«¹ wird die Aktion eines mittelständischen süddeutschen Unternehmens (850 Beschäftigte) gewürdigt, das 33 neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft, nachdem die Belegschaft dafür auf Teile des Einkommens verzichtet hatte. Das Besondere daran ist eine Besserungsklausel. Bei einer definierten Verbesserung der Ertragslage soll die Belegschaft eine Erfolgsprämie erhalten, die dem geleisteten Verzicht entspricht.

2. Wenige Tage vor dem Kirchentag gibt eines der größten deutschen DAX-Unternehmen auf der Bilanzpressekonferenz das beste Ergebnis seiner Firmengeschichte in einer Höhe von über drei Milliarden DM bekannt und kündigt zugleich den Abbau von 6.000 Arbeitsplätzen an.

Der darauf Bezug nehmende Teil der Schlussansprache lautete im vollen Wortlaut:

»Warum ist es eine Erfolgsmeldung, wenn ein Unternehmen 3 Milliarden Mark Gewinn und im selben Atemzug den Abbau weiterer 6.000 Arbeitsplätze ankündigt? Wo bleiben dagegen die Erfolgsmeldungen von Unternehmungen, die wieder Arbeitsplätze schaffen – es gibt sie doch. *Sie* müssen wir unterstützen, ermutigen, bekannt machen. Wer neue Arbeitsplätze schafft, sollte ein Gütesiegel erhalten, und das sollte zu einem positiven Wettbewerbselement werden.«

Die Erklärung war getragen von der Idee, nicht nur kritische Sichten auf die Wirtschaft zu artikulieren, wie es im kirchlichen Umfeld oft der Fall ist, sondern auch Positives hervorzuheben und als Vorbild anzupreisen. Es sollte nicht angeklagt, sondern – unter Einbeziehung wettbewerblicher Aspekte – ein konstruktiver Vorschlag zur Bekämpfung der bedrückenden Arbeitslosigkeit eingebracht werden. Dieser fand nicht nur große Zustimmung bei

1. FAZ vom 10.06.1997 mit Kommentar »Beherzte Initiative«.

den über 90.000 Teilnehmenden im Stadion, sondern auch eine positive Berichterstattung in den Medien.²

Erprobung

Unmittelbar nach dem Kirchentag begannen erste Überlegungen in der Evangelischen Landeskirche im Rheinland (EKiR), wie ein solches Gütesiegel aussehen könnte. Auch trafen bei der EKiR Anfragen ein, wo man es erhalten könne. Deshalb konstituierte die EKiR einen kleinen Arbeitskreis unter Leitung des Landespfarrers Diezun, der versuchen sollte, den Vorschlag zu konkretisieren.

Am 21. 08. 1997 kam es zu einer ersten Zusammenkunft, zu der, wie auch zu allen folgenden, der Verfasser eingeladen wurde.³ LPfr. Rieber hatte ein Impulspapier erarbeitet, in dem erste zustimmende Resonanzen der Gewerkschaften zum Gütesiegel eingearbeitet waren.

Der Arbeitskreis verabredete die Veranstaltung eines Symposions unter Beteiligung von Wissenschaftlern, Politikern und Unternehmern für das Frühjahr 1998 und verteilte entsprechende Arbeitsaufträge an die Mitglieder.

Die ersten Wissenschaftler hatten sich im Umfeld dieses ersten Arbeitstermins aber bereits von selbst gemeldet.

In einem Schreiben vom 31. 07. 1997 an den Verfasser bot Prof. Dr. Hans Raffée⁴ seine Hilfe an und gab Hinweise auf die »Unternehmenstests« in den USA, mit denen nicht nur Produkte von Unternehmungen bewertet, »sondern darüber hinaus auch die in den verschiedensten Handlungsfeldern praktizierte unternehmerische Verantwortung gegenüber Menschen und Umwelt evaluiert« werden. Er regte an, über eine Kooperation mit dem »Institut für Markt, Umwelt und Gesellschaft e.V.« (IMUG) nachzudenken, da die unter der Federführung des IMUG praktizierten Unternehmenstests auch das Bewertungskriterium »Schaffung von Ausbildungsplätzen« beinhalte.

Das »Institut für Wirtschafts- und Sozialethik« (IWS) an der Universität Marburg bot mit Schreiben seines Direktors Prof. Dr. Wolfgang Nethöfel seine Mitwirkung an und berichtete von Vorüberlegungen der Mitarbeiter über »Kriterienkataloge, Standards und praktikable Verfahren«.⁵

2. Kritisch lediglich Göhner (BDA) in IDEA vom 14. 08. 1997.

3. Teilnehmer Diezun, LPfr. Rieber, Jur. Referentin Hieronimus.

4. Universität Mannheim.

5. Schreiben vom 29. 07. 1997 an den Verfasser.

In Abstimmung mit dem Präses der EKIR, Kock, wurde für den 25.09.1997 zur Diskussionsrunde eines erweiterten Arbeitskreises⁶ eingeladen, dem das IWS bereits ein Konzept vorstellte, wie »das Arbeitssiegel für vorbildliche Investition in Arbeitsplätze« aussehen könnte. Es wurden ein »gremienzentriertes« mit einem »kriterienzentrierten« Verfahren verglichen, Verfahrensmöglichkeiten aufgezeigt und schließlich ein Durchführungsvorschlag vorgelegt. Dieser beinhaltete schon damals den Hinweis, dass das Verfahren während der Durchführungsprozesse ständig weiterentwickelt werden müsse.

Das Konzept des IWS ließ erkennen, dass die Einführung eines Gütesiegelverfahrens mit nicht unbedeutenden Kosten verbunden sein würde. Deshalb nahm die EKIR Kontakt zum Arbeitsministerium NW auf, um dort eine Mitfinanzierung einzuwerben. Gleichzeitig wurden Arbeitsverwaltung⁷ sowie die katholische Kirche auf die Pläne aufmerksam gemacht, die katholische Kirche nicht zuletzt deshalb, weil in dem Verfahren eine Konkretion des gemeinsamen Sozialwortes von 1997 gesehen wurde.

Während die Arbeitsverwaltung sofort jede Unterstützung⁸ und insbesondere die kostenlose Bereitstellung von Arbeitsmarktdaten anbot, konnte sich die katholische Kirche trotz mehrerer Kontakte und Angebote in keiner Phase der Entwicklung und Durchführung des Verfahrens zu einer Beteiligung entschließen.

In einem Gespräch mit Arbeitsminister Dr. Horstmann am 28.11.1997 erhielt die EKIR die Zusage, dass sich das Land an den Kosten der Entwicklung und Durchführung einer Pilotphase zur Hälfte beteiligen würde. Zeitgleich wurde auch die EKD auf das Projekt hingewiesen und angefragt, ob »die EKD sich vorstellen könnte, kurz- oder langfristig dieses Projekt aufzugreifen.«⁹ Von dort wurde Zustimmung signalisiert.

Bei der Arbeitskreissitzung am 08.01.1998 stellte das IWS den Erstentwurf eines Kriterienkataloges vor, der 5 Untersuchungsfelder¹⁰ mit insgesamt 30 Einzelkriterien enthielt. Der Vorschlag des IWS ging dahin, in einem »Bewertungsmodell« quantitative, d. h. zu branchenbezogenen Durchschnittszahlen verglichene Werte zu ermitteln (wozu die Daten der Arbeitsverwaltung außerordentlich hilfreich waren) und für die qualitative Bewertung eine »Einbettung in die Tradition der evangelischen Arbeits-

6. Rieber, Lefringhausen, Raffée, Fr. Hieronimus, Nethöfel, Fetzer, Meusel.

7. Präsident Jagoda.

8. Einschließlich einer wissenschaftlichen ABM-Stelle, für die sich allerdings kein geeigneter Bewerber fand.

9. Schreiben vom 24.11.1997 an OKR Tilman Winkler.

10. Management/Arbeitsmarkt/Ausbildung/Fortbildung/Arbeitsmarkt und Entlohnung.

ethik« vorzunehmen. Ein »Vergabegremium« sollte jedoch die Entscheidung über die Siegelvergabe anhand des vorab mit ihm abzustimmenden Bewertungsmodells treffen und verantworten.

Damit war evident, dass es gelingen müsste, dieses Vergabegremium mit hochrangigen Repräsentanten unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen zu besetzen, deren Fachkompetenz und Reputation der Verleihung des Siegels zusätzliche Dignität und die gewünschte öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen würde. Relativ schnell einigte man sich auf ein fünfköpfiges Gremium, dessen Leitung (im Sinne einer Moderation) von Präses Kock wahrgenommen werden sollte: Kirche (Präses Kock), Gewerkschaft, Arbeitgeber, Politik und Wissenschaft. Die Überlegung, auch einen Vertreter der Arbeitslosen hinzuzuziehen, wurde relativ rasch fallen gelassen, weil ein Ansprechpartner dafür fehlte.

Für das Gremium sagten ihre Mitwirkung alsbald zu: Dr. Uwe Bilitza (Personalvorstand Gerling-Konzern)¹¹, Frau Dr. Engelen-Käfer (DGB-Bundesvorstand), Präsident Jagoda (BfA) und Professor Dr. Winfried Hamel (Ordinarius für Unternehmensführung, Organisation und Personal der Universität Düsseldorf).

Am 22.04.1998 fand im FFFZ¹² eine öffentliche Präsentation der Initiative »Arbeitsplatzsiegel«¹³ statt, die bei den zahlreichen Teilnehmern und in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit fand und in deren Verlauf alle Mitglieder des Vergabegremiums sowie Minister Dr. Horstmann Statements abgaben. Beim anschließenden Empfang präsentierte sich die Firma Bürkert¹⁴ als Beispiel für die Idee von »ARBEIT PLUS«. Die inzwischen fertig gestellten Firmen-Fragebögen (Bewerbungsunterlagen) des IWS und entsprechende Kontaktschreiben wurden verteilt.

Auf der Suche nach geeigneten Firmen wurde naturgemäß auch auf Veröffentlichungen in den Printmedien zurückgegriffen, in denen über erfolgreiche Unternehmen unter den verschiedensten Aspekten berichtet worden war: solche, die ihr Personal aufstockten¹⁵, andere, die Arbeitsplätze in Verbindung mit einer Ökosteuer propagierten, Firmen, die den »Blauen Engel« erhielten, sich gegen Kinderarbeit oder für Ausbildungsplätze engagierten.

11. Zugleich Mitglied im Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (AEU), der die Initiative von Anfang an tatkräftig unterstützte.
12. Tagungshaus der Evangelischen Kirche im Rheinland in Düsseldorf.
13. Das Wort »Gütesiegel« musste aufgrund einer Intervention des RAL-Instituts vermieden werden.
14. Vgl. oben S. 230. Bürkert konnte nicht zertifiziert werden, weil die Firma nicht im Gebiet der EKIR lag.
15. Z. B. Liste der »Wirtschaftswoche« vom 19.02.1998 unter dem Titel »Die Jobmaschine«.

All dieses zeigte, dass Firmen durchaus auf ethische Herausforderungen anzusprechen waren – in Anbetracht der Zahl bereits vorhandener Auszeichnungen ließ sich das Arbeitsplatzsiegel durchaus hinterfragen –, dass es andererseits aber keine Auszeichnung gab, die derart umfangreiche Beurteilungskriterien enthielt. Diese waren damit Kennzeichen sowohl der Exklusivität des Arbeitsplatzsiegels als auch Hemmschwelle für teilnehmende Firmen.

Trotzdem wurde am Konzept festgehalten. Das Bewertungssystem des IWS mit nun 4 Untersuchungsfeldern¹⁶ und insgesamt 28 Indikatoren wurde bei der Beurteilung von insgesamt 12 Firmen aus dem Gebiet der EKIR in der Erprobungsphase angewandt. 4 Firmen¹⁷ konnten am 30. 11. 1998 in einer feierlichen Vergebenveranstaltung im FFFZ die ersten Arbeitsplatzsiegel »ARBEIT PLUS« erhalten.

EKD-Siegel

Die Auswertung der Pilotphase bestätigte das qualitativ hohe Niveau und die Zuverlässigkeit der Untersuchung. Die überprüften Unternehmen, auch jene, die das Siegel – zum Teil noch – nicht erhielten, hatten die Initiative positiv aufgenommen, zumal in jedem Fall eine Stärken/Schwächen-Analyse geliefert wurde.

Da inzwischen zahlreiche Anfragen von Firmen eingingen, die nicht im Einzugsbereich der EKIR lagen und andere Landeskirchen ebenfalls die Übernahme der Initiative erwogen, lag die Fortführung auf EKD-Ebene nahe. Auf eine entsprechende briefliche Anregung des Verfassers beschloss der Rat der EKD am 29. 01. 1999 die Initiative in die Verantwortung der EKD zu übernehmen. Geschäftsführer wurde OKR Tilman Winkler.

Bei den anschließenden Beratungen spielte vornehmlich die Frage der Finanzierung des Verfahrens eine Rolle. Die Pilotphase war bekanntlich hälftig von der EKIR und dem Arbeitsministerium NW finanziert worden, so dass die Firmen das Siegel kostenfrei beantragen und erwerben konnten. Eine bundesweite Aktivität würde jedoch nicht finanzierbar sein. Deshalb wurde angeregt, dass jedenfalls die Kosten des IWS für die Überprüfung der Unternehmen von diesen zu tragen seien.

16. Lebenschancen/Beteiligungschancen/Entfaltungschancen/Sozialkultur.

17. Debeka Krankenversicherungsverein a. G.; Dr. August Oetker Nahrungsmittel KG; Willi Sauer GmbH & Co. KG; Stadtparkasse Köln.

Diese und weitere Überlegungen standen unter Entscheidungsdruck angesichts der Befürchtung, dass ein zu großer zeitlicher Abstand zur nächsten Siegelvergabe den Erfolg der Pilotphase in Vergessenheit geraten lassen könnte. In einer Telefonkonferenz am 16.02.1999 wurde deshalb u. a. festgelegt, das Siegel jährlich zu vergeben, das bisherige Vergabegremium um Fortführung des Amtes auf EKD-Ebene zu bitten, die Landeskirchen zu informieren und um Publizierung und Akquisition von Bewerberbetrieben zu bitten. Zu den Kosten des IWS sollte jedes Unternehmen einen Betrag von DM 7.500,00 beisteuern. Die nächste Siegelvergabe wurde für November 1999 geplant.

Wiederholt wurde – vergeblich – angeregt, einen Fonds oder sogar eine Stiftung für die allgemeinen Regiekosten ins Leben zu rufen. Letztlich wurde im EKD-Haushalt dafür eine eigene Haushaltsstelle mit einem Etat von rd. DM 40.000,00 p. a.¹⁸ geschaffen.

In den folgenden Wochen wurden Kirchenkonferenz, Landeskirchen und die Leiter der Ämter für Industrie- und Sozialarbeit (KDA)¹⁹ informiert, neue Falblätter gedruckt und zahlreiche Firmen in Deutschland durch einen Brief des Ratsvorsitzenden Kock vom 30.04.1999 angesprochen, mit einer Rücklaufquote von über 10 %. Letztlich bekundeten 34 Firmen ihr Interesse an einer Zertifizierung. In der ersten zentralen Vergabeveranstaltung der EKD am 19.11.1999 in Köln konnten 13 Firmen ausgezeichnet werden.

Der erfolgreiche erste Durchgang des EKD-Siegels hinderte nicht daran, das Verfahren auf Basis der bisherigen Erfahrungen zu hinterfragen. Anlass dazu boten nicht nur Anfragen von Firmen unterschiedlicher Größenordnung nach der Angemessenheit der einheitlichen Prüfgebühr von DM 7.500,00, sondern auch die Vorgabe der EKD, die den Etat zunächst nur für zwei Jahre bereit stellte und die Fortführung von einer Evaluation abhängig machte.

Der Lehrstuhl für Unternehmensführung, Organisation und Personal der Universität Düsseldorf (Prof. Hamel) hatte zwar schon im Herbst 1999 die ausgezeichneten Firmen nach ihrer Bewertung der Auszeichnung befragt und die insgesamt positive Auswertung vorgelegt. Einzelne Landeskirchen bemängelten jedoch z. B. die fehlende örtliche Vernetzung der Siegelvergabe. Immer wieder wurde auch das Fehlen von ökologischen Audits beanstandet.

Diese und andere essentielle Fragen wurden am 19. Mai 2000 in einer

18. Insbesondere Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit, u. a. die aufwändig gedruckten Falblätter.

19. »Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt« in einer eigens dafür einberufenen Sitzung am 15.03.1999 in Bonn.

ganztägigen »Bilanzveranstaltung« mit erweitertem Teilnehmerkreis²⁰ erörtert. Im Ergebnis wurde das bisherige Verfahren bestätigt, jedoch der Bewerbungstichtag abgeschafft (Übergang in ein »laufendes« Verfahren). Dadurch erhielt der Wunsch aus den Landeskirchen Kontur, eine unabhängige regionale Vergabe bei dem ausgezeichneten Unternehmen mit Repräsentanz der Landeskirche (Bischof oder Vertretung) durchzuführen, und zwar unabhängig von einer zentralen Vergabeveranstaltung, die nach Berlin verlegt wurde und erstmals am 25. 10. 2000 im Französischen Dom stattfand. An ihr nahmen die Vertreter aller 8 im Jahre 2000 zertifizierten und bereits dezentral ausgezeichneten Firmen teil.

Die Vergabe des Siegels an Kleinunternehmen (< 50 Mitarbeiter) mit vereinfachtem Prüfverfahren und einem auf DM 3.000,00 reduzierten Kostenbeitrag wurde in der Sitzung vom 19. 05. 2000 erörtert und dem Vergabegremium als Option empfohlen. Die Zustimmung wurde allerdings erst ein Jahr später nach längerer Diskussion erteilt. Der ebenfalls empfohlenen Wiederbewerbungsmöglichkeit²¹ stimmte das Vergabegremium zu.

Ein maßgebliches Kriterium für die Effizienz des kirchlichen Siegels war dessen Bekanntheitsgrad. Allen bisherigen Feststellungen zufolge war die öffentliche Wahrnehmung begrenzt, obgleich allein über die Vergabeveranstaltung 2000 über 50 Presseveröffentlichungen erfasst werden konnten²² und über die Vergabeveranstaltung am 28. 11. 2001 in Berlin sogar das »heute-journal« ausführlich berichtete.²³ Durch die dezentralen Siegelvergaben wurden zwar zusätzliche regionale Berichterstattungen evoziert. Auch wurden Agenturen um Kommunikationskonzepte gebeten. Die Publizität von ARBEIT PLUS blieb jedoch verbesserungsbedürftig.

Es stand zudem noch die von der EKD geforderte Evaluation aus. Für sie konnte das Institut für Marketing und Handel der Universität Göttingen unter der Leitung von Prof. Dr. Günter Silberer gewonnen werden.

In seinem Gutachten vom Mai 2001 kam Prof. Silberer zu einem insgesamt positiven Resümee, das insbesondere »Methodik und Organisation der gewählten Beurteilung und Auszeichnung« guthieß, zugleich jedoch Hinweise zur Steigerung der intendierten Wirkungen und in Bezug auf die Kommunikation und Resonanz gab.

20. Insgesamt 13 Teilnehmer von EKD, EKIR, Bayer. Landeskirche, KDA, AEU und IWS.

21. Später präzisiert: frühestens nach 2 Jahren mit dem Anspruch auf eine Ergebnisverbesserung.

22. Darunter so angesehene Blätter wie FAZ, Rheinische Post, Süddeutsche, WAZ, Frankfurter Rundschau, Financial Times.

23. Sendung vom 28. 11. 2001. Es berichteten bereits früher die Fernsehanstalten mdr und wdr ausführlich.

Auf der Basis dieser Beurteilung der »insgesamt lobenswerten und bereits erfolgreichen Initiative« stimmten die EKD-Gremien der Weiterführung von ARBEIT PLUS zu. Der EKD-Haushalt weist zur Zeit dafür einen jährlichen Etat von knapp € 40.000,00 aus.

Am 2. Dezember 2002 fand in Berlin eine weitere zentrale Vergabeveranstaltung statt, auf der wiederum 9 Firmen ausgezeichnet werden konnten.

Durch den Wechsel an der Spitze der Arbeitsverwaltung²⁴ war Ende 2002 eine Neubesetzung des Vergabegremiums angezeigt. Die verbesserungsbedürftige Publizität hoffte der bei der EKD instituierte Koordinationskreis dadurch fördern zu können, dass ein(e) bekannte(r) Journalist(in) in das Vergabegremium berufen würde. Das scheiterte an der Befürchtung der angesprochenen Personen, dadurch die journalistische Neutralität zu gefährden.

Erst nach mehreren Anläufen gelang es, das aus der Pilotphase von der EKIR beibehaltene Gremium neu zu besetzen. Es setzte sich in der Folge für die EKD zusammen aus Hubertus Schmoldt (Vorsitzender der IG BCE), Christoph Kannengießer – seit 2004 Peter Clever – (Geschäftsführer der BDA), Dr. Regina Görner (Arbeitsministerin des Saarlandes a.D.), Prof. Hamel und dem EKD-Ratsvorsitzenden²⁵.

Nicht zuletzt wegen der längeren Vakanz von zwei Plätzen im Vergabegremium kam es im Jahre 2003 nur zu dezentralen Vergabefeiern. Erst am 30. April 2004 fand wieder eine zentrale Vergabeveranstaltung im französischen Dom zu Berlin statt, auf der zugleich ein kleines Jubiläum »5 Jahre ARBEIT PLUS« gefeiert wurde.

Eine weitere zentrale Vergabeveranstaltung mit etwa 200 Teilnehmenden wurde am 9. November 2005 im Rahmen der EKD-Synode im Maritim-Hotel in Berlin durchgeführt. Dabei konnte das Arbeitsplatzsiegel wiederum an 11 Firmen verliehen werden.

Eingedenk der Überlegung, das Verfahren für die Siegelvergabe ständig zu evaluieren und zu aktualisieren, beschloss der EKD-Koordinationskreis im gleichen Jahr, ein Forschungsprojekt zur Auswertung von ARBEIT PLUS zu vergeben. Anlass war unter anderem die Feststellung, dass die Absicht, mittelfristig durch ARBEIT PLUS einen Wettbewerbsvorteil bei Kunden zu erreichen, sich bisher nicht hatte umsetzen lassen.

Das SI erhielt deshalb in diesem Zusammenhang den Auftrag, das Thema »Unternehmertum in evangelischer Perspektive – Erkenntnisse aus der Ini-

24. Florian Gerster wurde Nachfolger von Präsident Jagoda.

25. Bis zum 23.05.2003 Präses Manfred Kock, ab 23.05.2003 Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber.

tiative ARBEIT PLUS« zu bearbeiten. Das IWS wurde beauftragt, ein Projekt zur Weiterentwicklung von ARBEIT PLUS durchzuführen. Die vollständigen Arbeitsergebnisse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Nachsatz

Das eingangs zitierte DAX-Großunternehmen hat seine Mitarbeiterschaft in Deutschland vom 30.09.1997 bis zum 30.09.2005 um 32.000 Menschen = minus 16 %²⁶ reduziert. Es hat zur Steigerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht unwesentlich beigetragen.

Die eingangs zitierte Firma Bürkert war mit ihrer »beherzten Initiative« erfolgreicher. Aus den seinerzeit 850 Arbeitsplätzen in Deutschland sind inzwischen rund 1.000 = plus 17,6% geworden. Die Belegschaft ist hoch motiviert, das Unternehmen floriert. Es hat die Besserungsklausel anwenden können, den Einkommensverzicht innerhalb von 3 Jahren mit Zins und Zinseszins an die Mitarbeiterschaft zurückerstattet und seine positiven Erfahrungen in eine überregionale Bildungsinitiative »Innovationsregion Cocher/Jagst« eingebracht. Es hat darüber hinaus älteren Meistern zur Selbständigkeit verholfen und damit weitere 300 neue Arbeitsplätze initiiert. Dieses Unternehmen hat sich im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit große Verdienste erworben.

Es ist zu wünschen, dass diese Firma wegen ihres Erfolges nicht eines Tages Übernahme-Wunschandidat für ein Großunternehmen der erstgenannten Art wird, um dann wieder personell restrukturiert und entsprechend demotiviert zu werden.

26. Von 197.000 auf 165.000 Mitarbeitende.